

Beratung von Anträgen/Anfragen der Fraktionen im Rat der Stadt Wermelskirchen

Es ist folgender Antrag eingegangen/ Es ist folgende Anfrage eingegangen:

Fraktion:	FÜR Wermelskirchen		
Antrag/Anfrage vom:	26.11.2018		
Eingang:	26.11.2018		
Betreff:	IEHK-Beschlussfassung ohne Einbeziehung der städtischen Verwaltungsgebäude Rathaus und Polizeiwache		
Beratungsfolge *)	Verwaltungsvorstand (04.12.2018)		
	Rat der Stadt (10.12.2018)		
			Erledigt:
Kopie an Vors. d. Ausschusses :	Herrn Bürgermeister Rainer Bleek (als Datei)		Cv
Kopie an: (Mit der Einladung zum Verwaltungsvorstand)	Herrn Bürgermeister Rainer Bleek (als Datei)		Cv
	Herrn Ersten Beigeordneten Stefan Görnert (als Datei)		Cv
	Herrn Technischen Beigeordneten Thomas Marnier (als Datei)		Cv
	Herrn Stadtkämmerer Dirk Irlenbusch (als Datei)		Cv
Per Workflow an:	Fachämter:	61	Cv
Aufnahme in die Tagesordnung des Verwaltungsvorstandes am:	04.12.2018		
Per Workflow an:	Herrn Jürgen Scholz		Cv
Per Workflow an:	Frau Kirstin Wirtz		Cv
Original zur Vorlage im Fachausschuss an:			
Beschlussvorlage angelegt Vorlage Nr.:	0286/2018		

*) Die Beratung in dem jeweils folgenden Gremium setzt eine entsprechende Beratung und Beschlussfassung in dem vorhergehenden Gremium voraus!

Die Anfrage ist in Kopie als Anlage bzw. auf der Rückseite beigelegt.

Im Auftrag:



26. Nov. 2018

An den
Bürgermeister der Stadt Wermelskirchen
Herrn Rainer Bleek
Telegraphenstr. 29-33
42929 Wermelskirchen

**Antrag zur Sitzung des Rates am 10. Dezember 2018
„IEHK – Beschlussfassung ohne Einbeziehung der städtischen Verwaltungsgebäude Rathaus und Polizeiwache“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bleek,

die FÜR-WK-Fraktion beantragt, eine zweite Abstimmungsvariante auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 10.12.2018 zu setzen, und im Kontext mit dem Thema IEHK zu behandeln.

Wir beantragen eine Abstimmungsvariante, die in Abweichung zur Beschlussvorlage der Stadtverwaltung die Kernverwaltungsgebäude der Stadt Wermelskirchen „Rathaus und Polizeigebäude“ aus einem ergebnisoffenen Entwicklungs- und Handlungskonzept ausklammert.

Begründung:

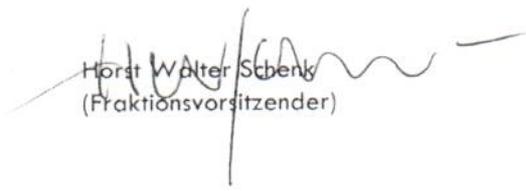
1. Das Rathaus der Stadt WK leidet seit Jahren unter erheblichem Platzmangel. Fraktionsbüros können nicht länger zur Verfügung gestellt werden. Fachämter (Ordnungsamt) müssen in angemietete Räumlichkeiten ausgelagert werden. Neben den (vermeidbaren) Mietkosten, die den Haushalt unnötig belasten, gibt es weitere Nachteile für die Bürgerschaft. Behördengänge werden durch die über die Stadt verteilten Standorte erschwert. Der Zugang zum Ordnungsamt ist zudem nicht barrierefrei, und damit für eine Vielzahl der Bürger nicht nutzbar.
2. Die aktuellen Entwicklungen zeigen an, dass der Raumbedarf im Rathaus nicht geringer wird. Die Kämmerei hat bereits zusätzliche Räume in Anspruch genommen. Der neue Bußgeldkatalog der Stadt wird die Diskussion eröffnen, hierfür zusätzliche Mitarbeiter im Bereich des Ordnungsamtes einzustellen. Auch in diesem Fall wird weiterer Platz benötigt.
3. 5,4 Mio. Überstunden bei der Polizei NRW sind umgerechnet mindestens 3200 fehlende Polizisten. Angesichts der jährlich stark steigenden Steuereinnahmen des Landes sind Nachbesserungen bei der Polizeiversorgung, insbesondere in Kreisen, die ohnehin schon eine lange Einsatzreaktionszeit beklagen, sehr wahrscheinlich. Die Stadt WK sollte sich langfristig einen Standort sichern, der auch zentral Räume für mehr Bezirksbeamte der Polizei zur Verfügung stellen kann. Die derzeit erfolgreich verlaufende Bürger Petition aber auch die ähnlich ausgerichtete (von der FDP initiierte) Petition vor Jahren signalisieren, dass eine Optimierung an dieser Stelle dem Sicherheitsgefühl vieler Bürger entspricht.

Wir wünschen und erwarten eine optimale Ressourcennutzung. Rathaus und Polizeigebäude sehen wir als Einheit; als Kernverwaltungsgebäude der Stadt WK.

Eine Zusammenführung von Ordnungsamt und vorhandenen Bezirkspolizisten – im Sinne einer Ordnungspartnerschaft - im Gebäude der ehemaligen Polizeiwache ist ein Schritt nach vorne. Die prekäre Raumsituation im Verwaltungsgebäude wird gelöst.

In einem nächsten Schritt könnte dann der Umzug des Sozialamtes in das Gebäude der Polizeiwache bedacht werden. Es wären sodann alle – zumindest sporadisch – konfliktbehafteten Fachämter zentral unter einem Dach vereint.

Mit freundlichen Grüßen,


Horst Walter Schenk
(Fraktionsvorsitzender)